

**Zeitschrift:** Neujahrsblatt / Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel  
**Herausgeber:** Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel  
**Band:** 164 (1986)

**Artikel:** Die Geschichte der Basler Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1914 : I. Band  
**Autor:** Haeberli, Wilfried  
**Kapitel:** 4.: Gründung und Aufstieg der Sozialdemokratischen Partei Basel, 1890-1900  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1006771>

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 16.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Abstimmungsparolen wurden vom leitenden Ausschuss sorgfältig vorbereitet und vor allem in den politischen Sektionen, den beiden Grütlivereinen und der sozialdemokratischen Mitgliedschaft, ausführlich diskutiert; seit dem Spätjahr 1887 bildete die *nationalpolitische Kommission* die erste vorbereitende Instanz. De facto ging die *Initiative* in gesetzgeberischen Fragen fast ausschliesslich, in Wahlanlegenheiten weitgehend von *Wullschleger* aus, der dank seiner Zugehörigkeit zum kantonalen Parlament seit dem Frühjahr 1886 dafür besonders kompetent war und auch als Redaktor einer politischen Zeitung über die ausgedehntesten Informationen verfügte. Vom Herbst 1886 an hat Wullschleger die politischen Geschicke der Basler Arbeiterpartei entscheidend bestimmt, zuerst als Präsident des Ausschusses, dann als Vorsitzender der nationalpolitischen Kommission, schliesslich als Präsident der neu-gegründeten Parteiorganisation. Diese *übergagende Stellung* hat ihm schon früh ausserhalb der Arbeiterschaft den Vorwurf des Personenkults eingetragen – erstmals wurde er um die Jahreswende 1887/88 von der «Allgemeinen Schweizer Zeitung» erhoben. Der Angegriffene befand sich aber durchaus im Recht, wenn er in seinem Blatt darauf hinwies, die Arbeiterpartei ruhe – im Gegensatz zu gewissen andern Parteien – auf demokratischer Grundlage. Wenn sie sich nach aussen nur durch wenige Personen vertreten lasse, dann nur deshalb, weil blass eine verschwindende Zahl von Arbeitern sozial unabhängig seien oder den Mut aufbrächten, sich kühn über alle Bedenken hinwegzusetzen.<sup>26)</sup> Er hätte allerdings beifügen müssen, dass im damaligen Zeitpunkt nur wenige jene allgemeine Bildung und jene politischen Kenntnisse besassen, die es ihnen erlaubt hätten, stärker an die Öffentlichkeit zu treten. Dass dies später anders wurde, ist nicht zuletzt ein Verdienst der unablässigen Bemühungen des Self-made-man Wullschleger um die Arbeiterbildung innerhalb der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen. Im übrigen ist Wullschleger mit seinen Anträgen – vor allem bei Wahlen – mehr als einmal unterlegen. Er hat sich aber ausnahmslos den auf demokratischer Basis gefassten Beschlüssen unterzogen und sie nach besten Kräften unterstützt.

#### 4. Kapitel: *Gründung und Aufstieg der Sozialdemokratischen Partei Basel, 1890–1900*

##### *a) Endgültige Gründung und erste Tätigkeit der SPS (1888–1893)<sup>1)</sup>*

Wie die erste, 1870 von Greulich versuchte Gründung einer Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS), so war auch die zweite von 1880 praktisch bedeutungslos geblieben. 1887 existierte sie nur noch im Titel der «Arbeiterstimme» und bestand aus sechs Mitgliedschaften, unter welchen die zwanzigköpfige Winterthurer Gruppe formell immer noch das übrigens völlig untätige Zentralkomitee stellte.

Der Anstoss zur *Neugründung der SPS* kam aus *Bern*. Dort hatte sich *Albert Steck* (1843–1899), der Spross einer begüterten Berner Burgerfamilie, Jurist, aber wegen

eines Lungenleidens nicht in der Lage, seinen Beruf voll auszuüben, mit über vierzig Jahren zur sozialdemokratischen Überzeugung durchgerungen. Beeinflusst von den Frühsozialisten Lamennais und Collins, aber tief in der demokratischen Tradition der Schweiz verankert, war er zu einer Konzeption gelangt, die in der Sozialdemokratie die logische Vollendung des Freisinns sah. Wie der alte Freisinn die einstige politische Klassenherrschaft durch die politische Demokratie ersetzt habe, so müsse nun die Sozialdemokratie als der neue Freisinn anstelle der wirtschaftlichen Klassenherrschaft die wirtschaftliche Demokratie setzen. Jede marxistische Vorstellung von Klassenkampf erledigte sich für ihn an der Überzeugung, Gutes werde niemals durch Böses geschaffen.

1883 hatte der Zürcher Arbeiterkongress das «*Aktionskomitee für den schweizerischen Arbeitertag*» gegründet, eine Föderation der schweizerischen Arbeiterorganisationen. Es war aber wenig aktiv geworden, da ihm Geld, die nötigen Kräfte und überhaupt jeder solide Rückhalt fehlten. Anfang Juli 1887 wurde der Sitz des Aktionskomitees von Zürich nach Bern verlegt. Obwohl er nur die Stellung eines Besitzers innehatte, nahm Steck darin sogleich eine beherrschende Stellung ein. Entsprechend der ursprünglichen Bestimmung schlug das Berner Aktionskomitee einen entschieden sozialdemokratischen Kurs ein. Ein von Steck verfasster Aufruf wurde in der schweizerischen Arbeiterpresse veröffentlicht. Er kündigte an, dass der Aktionskomitee-Verband zur Partei werden solle. Der Kollektivanschluss von etwa 60 weiteren Vereinen als Folge des Aufrufs musste als Bestätigung der Bereitschaft zur Parteigründung in der schweizerischen Arbeiterschaft erscheinen. Die straff organisierte und von Steck beeinflusste Berner Arbeiterschaft war berufen, den Kerntrupp der zukünftigen SPS zu bilden. Das Aktionskomitee sammelte mit Umsicht weiteres Parteivolk. Dazu diente Steck seit Anfang 1888 vor allem seine eigene Zeitung, der in Bern erscheinende «*Schweizerische Sozialdemokrat*».

In Bern wurde ein Projekt ausgearbeitet, wonach die bisherigen sozialdemokratischen Mitgliedschaften als Kern der neuen Partei bestehen bleiben und sich dem Berner Aktionskomitee anschliessen sollten. In einer Urabstimmung stimmten diese mit grosser Mehrheit zu. Im Sommer 1888 ging nun die Parteigründung rasch ihrer Verwirklichung entgegen. Eine sozialdemokratische Delegiertenversammlung in Aarau vom 8. Juli beauftragte das Aktionskomitee auf Stecks Vorschlag mit der Einberufung eines schweizerischen Arbeitertages auf den Oktober, der dann aufgrund der vom Aktionskomitee geleisteten Vorarbeiten die nötigen Beschlüsse zur Parteigründung zu fassen hätte.

Am 21. Oktober 1888 versammelten sich die Vertreter von 60 Arbeitervereinen in Bern im Sitzungssaal des Stadtrats. Am stärksten waren die Gewerkschaften vertreten, am schwächsten die Grütlivereine. Die Hauptredner zum Traktandum Parteigründung waren Steck und der Zürcher Bezirksanwalt Otto Lang. Stecks Vorschlag zur *Auflösung des Aktionskomitees* und zur *Neubildung der SPS* aus den bisherigen sozialdemokratischen Mitgliedschaften und den Vereinen des aufgelösten Verbandes

wurde nach längerer Debatte mit nur geringen Änderungen angenommen. *Bern* wurde als *Vorort* bestimmt, nachdem Basel auf entsprechende Sondierungen bereits im Sommer eine Absage erteilt hatte.<sup>2)</sup>

Das Programm wurde mit grossem Mehr genehmigt. Die Aufnahme ganzer Vereine in die Partei wurde schliesslich verworfen; Steck war überzeugt, nur durch *Einzelmitglieder* könne die Partei kompakt genug werden und seien Kompetenzstreitigkeiten mit dem Grütliverein und dem Gewerkschaftsbund zu vermeiden. Über das Aufgehen des Aktionskomitees in der neuen Partei hatte noch die Urabstimmung der angeschlossenen Vereine endgültig zu befinden. Sie ergab fast durchwegs eindeutige Zustimmung.

Das *Programm der neuen SPS*<sup>3)</sup> war ausgesprochen ein Werk Stecks. Es fasste die Sozialdemokratie nicht als Klassen-, sondern als *Volkspartei* auf. Auf der Grundlage eines volldemokratischen Staates mit Gesetzes- und Verfassungsinitiative, Referendum und Proportionalwahl sollte eine vom Volk zu wählende «Kommission für wirtschaftliche Gesetzgebung» der Bundesversammlung Gesetzesentwürfe für die Verstaatlichung des Produktionsapparates vorlegen. Die sozialistische Ordnung sei am besten durch die *Verstaatlichung* aller wirtschaftlichen Tätigkeit zu erreichen. Es seien nach wohldurchdachtem Plan allmählich immer mehr monopolistische Staats- und Gemeindebetriebe zu errichten, zunächst im Eisenbahn-, Bank- und Banknotenwesen, im Getreidehandel und in der Zündhölzchenfabrikation. Das Programm war als Fernziel gedacht und setzte eine mehrheitlich sozialdemokratische Bundesversammlung voraus, welche die entsprechenden Gesetze zu erlassen hatte, sowie ein mehrheitlich sozialdemokratisches Volk, das sie im Referendum billigen würde. Dabei erwartete Steck die sozialdemokratische Volksmehrheit nicht – wie die Marxisten – von einer unaufhaltsamen Proletarisierung breiter Volksschichten, sondern von der *Überzeugungskraft der sozialdemokratischen Idee*. Dementsprechend unterschied das Programm zwischen Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie und sah grundsätzlich die Möglichkeit vor, dass sich jene dieser, d.h. der umfassenderen Bewegung, könnte unterordnen müssen. Das im Programm postulierte Recht auf Arbeit sollte den Staat zwingen, sich um die Arbeitsverhältnisse zu kümmern, und zugleich den verfassungsmässigen Eigentumsschutz ergänzen.

Am 9. Januar 1889 eröffnete die SPS ihre Tätigkeit in Stecks Haus. Das *Parteikomitee* konstituierte sich mit Reichel als Präsidenten, Steck als Vizepräsidenten und erstem Sekretär und Schrag als Kassier. Ein von Steck entworfener Aufruf wurde in 10 000 Exemplaren gedruckt und auch in der Arbeiterpresse publiziert. Entsprechend der Grundkonzeption des Verfassers richtete er sich nicht nur an die Arbeiterschaft, welche die sozialistische Umgestaltung am offensichtlichsten benötige, sondern an alle Volksschichten. Er vertrat einen ethisch fundierten, streng patriotischen und in das Soziale und Wirtschaftliche verlängerten Radikalismus, der sich mit aller Entschiedenheit zur sozialistischen Umwälzung mit demokratischen Mitteln bekannte.

Der Aufbau der Partei erfolgte im *Vertrauensmännersystem*. Wichtigste Mittel der Werbung waren Stecks Wochenzitung und Agitationsversammlungen, bei welchen vor allem Reichel, Steck, Wullschleger und Schrag, aber auch Conzett, Brandt und Lang das Wort ergriffen. Die Vermehrung der eingeschriebenen Mitglieder ging indessen nur langsam vor sich: Im Herbst 1890, zwei Jahre nach der Gründung, zählte die Partei erst rund 2000 Mitglieder. Im wesentlichen blieb Stecks Appell an die intellektuelle, fortschrittlich gesinnte Jugend aller Parteifarben ohne Echo, wurde doch das Programm trotz seinem gemässigten Charakter im Volk als zu revolutionär empfunden. So blieb der Schweiz eine starke sozialistische Reformpartei im Stile der englischen Labour Party noch während Jahrzehnten versagt.<sup>4)</sup>

Mitten in der Zeit des Aufbaus der SPS wurde auch die Frage einer *Neugründung der Arbeiter-Internationale* aktuell.<sup>5)</sup> In den anderthalb Jahrzehnten nach dem Zerfall der Ersten Internationale waren fast überall in Europa nationale Arbeiterparteien entstanden, die nicht nur grundsätzlich dasselbe Ziel verfolgten, sondern auch vor ähnlichen Problemen gestellt waren. Trotz dem wachsenden machtpolitischen Gegensatz zwischen den Regierungen ihrer Länder musste allein schon das Bedürfnis nach internationalem Erfahrungsaustausch und übernationaler Koordinierung ihrer Tätigkeit die nationalen Arbeiterparteien zu einer neuen internationalen Organisation drängen. Diese wurde im Juli 1889 in Paris ins Leben gerufen.

Die Erste Internationale hatte ihre Wirksamkeit im Sinne einer möglichst straffen Zentralisierung des internationalen Proletariats entfaltet, die Zweite jedoch wurde nur als eine lose Föderation autonomer, straff organisierter *Parteien* gegründet. Die Erste Internationale besaß von Anfang an eine Verfassung und eine effektive Organisation, die Zweite trat ohne jedwedes Organ in ihr Dasein – ohne Zentralleitung und Sekretariat, ohne Statuten, ja selbst ohne Namen; dieser wurde ihr von Journalisten und Historikern verliehen. Bis 1900, als sie sich die technischen Instrumente für die internationale Zusammenarbeit ihrer Mitgliedsorganisationen schuf, existierte die Zweite Internationale nur während ihrer in Abständen von zwei bis vier Jahren stattfindenden Kongresse.

Wie die neue schweizerische Partei über die Wiederaufrichtung der Internationale dachte, ging aus ihrem durchaus der Schweiz zugewandten Programm eindeutig hervor. Reichel, der Präsident des Parteikomitees, vertrat in einer Artikelserie im «Schweizerischen Sozialdemokraten» vom Frühling 1889 die Meinung, dass eine neue Internationale gar nicht aktuell sei, zeitgemäß sei dagegen jetzt das Problem der internationalen Fabrikgesetzgebung, wobei die Schweiz eine erste Rolle zu spielen berufen sei.<sup>6)</sup>

Tatsächlich war die Frage des *internationalen Arbeiterschutzes* das Haupttraktandum des Gründungskongresses der Zweiten Internationale; die schweizerischen Vertreter waren dementsprechend ausgelesen worden. Der Kongress fasste denn auch Resolutionen, in welchen er die Förderung der internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung nach dem Vorbild der schweizerischen forderte. Folgeschwerer war

aber eine Tat, welche die Realität der Internationale durch eine gemeinsame internationale Aktion in das Bewusstsein breiter Massen einpflanzte. Dies war der Beschluss, für den 1. Mai 1890 eine grosse internationale Manifestation zu organisieren, und zwar dergestalt, dass an diesem Tag gleichzeitig in allen Ländern die Arbeiter an die öffentlichen Gewalten die Forderung richten sollten, den Arbeitstag auf acht Stunden festzusetzen. Da diese Demonstration zum Ausgangspunkt der jährlichen *Maifeiern* wurde, blieb der Pariser Kongress von 1889 trotz der skeptischen Haltung der schweizerischen Parteileitung gegenüber der Wiederaufrichtung der Internationale für die schweizerische Arbeiterbewegung nicht ohne Wirkung.<sup>6a)</sup>

Eine mittelbare Folge des Kongresses war die Schaffung einer in zwangloser Folge erscheinenden Broschüre, die für den Acht-Stunden-Tag kämpfen sollte. Verantwortlich dafür war ein ad hoc in Zürich gegründetes internationales Büro. *Eugen Wullschleger* wurde gedrängt, die Redaktion zu übernehmen. Er verlangte Bedenkzeit, war doch gleichzeitig die Rede davon, dass er anstelle Conzatts die «Arbeiterstimme» redigieren sollte, eventuell unter Zusammenlegung mit dem «Basler Arbeiterfreund». Da die entsprechenden Sondierungen zu keinem Ergebnis führten, nahm Wullschleger die Stellung als *Redaktor des Acht-Stunden-Blattes* im Nebenamt an, das im November 1889 unregelmässig zu erscheinen begann. In der Bevölkerung wurde es bald unter dem Übernamen «Tagedieb» bekannt, mit dem es einzelne bürgerliche Zeitungen hämisch bezeichneten, obschon damals bereits die Bundesverwaltung und die meisten Kantonsverwaltungen den Acht-Stunden-Tag eingeführt hatten.<sup>7)</sup>

Die Hoffnungen, die Steck auf die von ihm gegründete Partei gesetzt hatte, gingen nicht in Erfüllung: Die Mitgliederbewegung stagnierte zunächst und wurde dann sogar rückläufig. Im Frühsommer 1891 zählte die Partei rund 1500 Mitglieder. Steck gab offen zu, dass das Abstellen auf die Einzelmitgliedschaft ein grosser Fehler gewesen sei und am nächsten Parteitag korrigiert werden müsse.<sup>8)</sup>

Der dritte Parteitag der SPS fand am 28./29. November 1891 in Olten statt. Er führte die geplante Statutenrevision durch. Sie führte zu einer *Dezentralisierung der Partei* in Ortssektionen und baute die Partei im wesentlichen auf *Kollektivmitgliedern* auf. Das Parteikomitee wurde auf 15 Mann vergrössert, wovon fünf als Geschäftsführungs-Kommission im Vorort wohnen sollten; aus ihnen hatte der Parteitag den Parteipräsidenten zu wählen.

Nachdem Bern kategorisch eine Wiederwahl als *Vorort* abgelehnt hatte, wurde *Basel* mit dieser Stellung betraut und *Wullschleger* zum neuen *Parteipräsidenten* gewählt. Die Basler Parteiführer hatten sich nur widerstrebend dazu bestimmen lassen, die neue Bürde auf sich zu nehmen, war ihnen doch bewusst, dass dabei die kantonale Parteiorganisation Schaden nehmen würde.<sup>9)</sup> Die vier zusätzlichen Mitglieder der Geschäftsführungs-Kommission wurden in einer lokalen Parteiversammlung vom 13. Dezember gewählt. Kurz darauf erfolgte die Konstituierung mit dem Posamenter *Eduard Siegrist* als Vizepräsidenten, *Gustav Fautin* sen. als Kassier, *Wilhelm Arnold*

als korrespondierendem und Schriftsetzer Arnold Däster als protokollierendem Sekretär und Archivar.<sup>10)</sup>

Mit dem noch nicht einmal dreissigjährigen Eugen Wullschleger übernahm ein Mann die Leitung der SPS, der von der kantonalen Organisation und Politik her bereits grosse Erfahrung mitbrachte und bereit war, den von Steck eingeschlagenen Kurs weiter zu steuern. National gesinnt wie dieser, stand er doch der ausserschweizerischen Arbeiterbewegung näher, vor allem seitdem er im Herbst 1890 als Vertreter der schweizerischen Landesorganisation am deutschen Parteitag teilgenommen hatte.<sup>11)</sup>

Die Hauptaufgabe der Basler Geschäftsleitung bestand in der Durchführung des Oltener Parteitagsbeschlusses, die *Initiative* für die Einführung eines Verfassungsartikels über das *Recht auf Arbeit* zu ergreifen. Es gelang ihr gegen mannigfachen Widerstand in den eigenen Reihen, die nötige Unterschriftenzahl aufzubringen. An der wuchtigen Verwerfung der Initiative trifft den Basler Vorort, der sich in unzähligen Stitzungen mit dem Anliegen befasst hatte, keine Schuld.<sup>12)</sup> Erfolglos blieb auch der schon 1890 geplante Kampf gegen das Auslieferungsgesetz. Trotz allen Bemühungen des von Anfang an skeptischen Wullschleger fehlten zum Zustandekommen des Referendums fast 9000 Unterschriften.<sup>13)</sup> Dafür gelang ein anderes Unternehmen der Partei: die *Maifeier*. Auf Brandts Initiative hin trug die Geschäftsleitungs-Kommision dem Gewerkschaftsbund und dem Grütliverein eine gemeinsame, einheitliche Organisation der Maifeier im Jahre 1892 an, wobei der Neun-Stunden-Tag Hauptparole sein sollte. Im von Steck in 70 000 Exemplaren verfassten Flugblatt wurde dann allerdings sogar der Acht-Stunden-Tag gefordert. Die Kundgebung verlief zur vollen Zufriedenheit der Initianten und erzielte eine beträchtliche agitatorische Wirkung. Innerhalb eines Jahres verdoppelte sich die Mitgliederzahl der schweizerischen Partei, blieb aber immer noch gering genug. Eine Änderung war nur zu erwarten, wenn es gelang, das Verhältnis zum Grütliverein auf eine neue Grundlage zu stellen.

Im Grütliverein brachte das Jahr 1892 eine Statutenrevision. Wichtigster Diskussionsgegenstand war der erste Paragraph, der den Zweck des Vereins definieren sollte. Die entscheidende Frage war, ob sich der Verein zur sozialen Demokratie oder zur Sozialdemokratie bekennen wollte. Die ausserordentliche Delegiertenversammlung vom 8./9. Oktober in Olten hiess ein Bekenntnis zur «Grundlage der Sozialdemokratie» gut, lehnte die Gemeinschaft mit der Partei aber ab. Damit hatte die Halbheit einmal mehr gesiegt. Zerwürfnisse im Zentralkomitee und der Kampf um die Nachfolge Vogelsangers als «Grütlorianer»-Redaktor verstärkten den Eindruck der Richtungslosigkeit. Nach Ansicht Brandts hätte eine Wahl Wullschlegers den baldigen förmlichen Übertritt des Grütlivereins zur SPS zur Folge gehabt, Steck dagegen sah in einer Übersiedlung des Basler Redaktors und schweizerischen Parteipräsidenten in die Grütl-Redaktion einen für die Partei untragbaren Verlust. Wullschleger, schon nahe daran, wider Willen die Kandidatur anzunehmen, verzichtete schliesslich

auf einen eindrücklichen Brief Stecks hin, womit er vor allem der baslerischen Sozialdemokratie einen kaum hoch genug einzuschätzenden Dienst erwies. Gewählt wurde der Redaktor des «*Bieler Anzeigers*», Mettier; die Niederlage Robert Seidels kam einer solchen der sozialdemokratischen Tendenz im Verein gleich.

Gerade Seidel war es allerdings, der als Redaktor der «*Arbeiterstimme*» den Parteipräsidenten durch Presseprozesse immer neu in Schwierigkeiten brachte. Die sich aufdrängenden Schlichtungsaktionen empfand Wullschleger als unnötigen Zeitverlust und Energieverbrauch, weshalb er schon im Sommer 1892 seinen *Rücktritt als Parteipräsident* ankündigte, um sich wieder ganz der wesentlich lohnenderen Lokalpolitik zuwenden zu können. Nur heftigstes Zureden von Steck bewog ihn, sich dem Solothurner Parteitag zur Wiederwahl zu stellen, die denn auch glänzend erfolgte. Damit war aber die Geduld des in Basel mit seiner vollen Arbeitskraft so bitter benötigten Parteiführers erschöpft. Gestützt auf einen Parteiversammlungs-Beschluss lehnte der bisherige Vorort strikte eine Wiederwahl ab.<sup>14)</sup> Mit grosser Erleichterung übergab Wullschleger im Dezember 1893 das Parteipräsidium dem Solothurner Advokaten Fürholz.<sup>15)</sup> Erst durch seine Wahl in den Nationalrat im Jahr 1896 trat er der gesamt eidgenössischen Politik wieder näher.

In den folgenden Jahren waren Basels Beziehungen zur schweizerischen Partei recht lose. Wullschleger hatte sich eine Wahl ins erweiterte Parteikomitee verbeten; seine Stelle nahmen nacheinander die Genossenschaftspolitiker Bärwart und Stadelmann ein. Am 29./30. Oktober 1898 führte Basel zur allgemeinen Zufriedenheit den schweizerischen Parteitag in der Geltenzunft durch.<sup>16)</sup> Im übrigen galt das Hauptinteresse der Partei den kantonalen Angelegenheiten.

#### *b) Die Gründung einer kantonalen Parteiorganisation in Basel im Jahr 1890*

Am 21. Oktober 1888 war in Bern, zum drittenmal, aber diesmal endgültig, die SPS gegründet worden. Es dauerte zwanzig Monate, bis in Basel eine entsprechende Kantonalpartei entstand.

Dieser scheinbare Verzug hatte seine guten Gründe. Mit einigem Recht konnte die Frage gestellt werden, ob eine besondere sozialdemokratische Partei in Basel überhaupt eine Notwendigkeit darstelle. Seit 1886 besassen die Basler Sozialdemokraten ja im Arbeiterbund bzw. in der *Arbeiterpartei* ein geeignetes Organ für ihr politisches Wirken. In der Tat bestimmten die Statuten des Arbeiterbundes, dass er ein Verband sei mit dem Zweck, «die Interessen der Arbeiterklasse nach jeder Richtung hin im Sinne der Sozialdemokratie zu wahren und zu fördern», und des weitern, dass die Vertretung der Arbeiterinteressen in landespolitischen Fragen Aufgabe der schweizerischen Mitglieder des Arbeiterbunds sei, «welche für sich die organisierte Basler Arbeiterpartei bilden». Diesem Grundprinzip waren bis 1890 der Arbeiterbund und die Arbeiterpartei stets treu geblieben.

Wenn trotzdem eine neue politische Organisation ins Leben gerufen wurde, so geschah dies nicht in Verkennung, sondern in voller und dankbarer Anerkennung der Leistungen der bisherigen Institutionen und in der Zuversicht, der Arbeiterbund werde die neue Partei innerhalb seines Wirkungskreises nach Kräften unterstützen. Es konnte den Führern der Basler Arbeiterpartei nicht entgehen, dass mit der Ausbreitung der sozialdemokratischen Ideen im Volk und mit der Zunahme der Verbandsgeschäfte die Organisation des Arbeiterbundes für die politische Tätigkeit zu schwerfällig wurde. Die Parteimaschine liess sich nicht immer rasch genug in Bewegung setzen und die ausserhalb des Arbeiterbunds in beträchtlicher Anzahl vorhandenen Gesinnungsgenossen waren nur schwer heranzuziehen. Die Organe des Arbeiterbunds waren zudem mit Arbeiten aller Art zu sehr überladen, als dass sie den politischen Fragen stets die nötige Aufmerksamkeit hätten schenken können.

Als die neue schweizerische Partei im Frühjahr 1889 ihre Tätigkeit aufnahm, lag die ganze Verantwortung für ihr Wirken in Basel bei Eugen Wullschleger. Er hatte an der Parteigründung teilgenommen und war – von seiner Berner Zeit her mit Albert Steck befreundet – zum Vertrauensmann für die Stadt Basel ernannt worden.<sup>17)</sup> Er begann sogleich damit, unter der sozialdemokratischen Arbeiterschaft Parteimitglieder zu werben, zunächst in der Ende 1880 entstandenen Mitgliedschaft der damaligen SPS, deren Präsidium er 1889 innehatte. Wer der schweizerischen Partei beitreten wollte, hatte eine Mitgliederkarte zu erwerben, deren Vorderseite zwölf Felder für die Quittierung der Monatsbeiträge aufwies, während auf der Rückseite die Parteistatuten abgedruckt waren.<sup>18)</sup> Wahrscheinlich noch im selben Jahr beschloss eine Versammlung von Parteimitgliedern, den Vorstand der bisherigen sozialdemokratischen Mitgliedschaft neben dem Vertrauensmann Wullschleger zur offiziellen Vertretung der Basler Parteigenossen zu erheben.<sup>19)</sup>

Der Beschluss des ersten sozialdemokratischen Parteitags vom 27. Oktober 1889 in Bern, die Vertrauensmänner sollten versuchen, in ihrem Wirkungsbereich Parteorganisationen zu bilden, schaffte nun die formelle Grundlage, an die materiell schon längere Zeit notwendig gewordene *Gründung einer Kantonalpartei* heranzutreten.<sup>20)</sup> Um sich die dafür erforderliche Bewegungsfreiheit zu schaffen, aber auch wegen der unhaltbar gewordenen Arbeitsüberlastung, trat Wullschleger zu Beginn des Jahres 1890 vom Präsidium in der bisherigen sozialdemokratischen Mitgliedschaft zurück.<sup>21)</sup>

Eine von Wullschleger auf den 5. Juni 1890 einberufene Versammlung beschloss, es sei eine kantonale Parteorganisation ins Leben zu rufen, und bestellte zu diesem Zwecke ein provisorisches Komitee.<sup>22)</sup> Es entwarf Parteistatuten und berief die in Basel wohnhaften Inhaber eines schweizerischen Parteiausweises auf den 26. Juni ins Lokal des Grütlivereins Grossbasel zur *Gründungsversammlung* ein.<sup>23)</sup>

Rund 150 Gesinnungsgenossen leisteten dem Aufruf Folge. Bei afrikanischer Hitze, wie der Berichterstatter im «Arbeiterfreund» hervorhebt, beschloss die Versammlung einstimmig die Gründung einer kantonalen Organisation. Sie genehmigte den Statutenentwurf des provisorischen Komitees – zweifellos das Werk Wullschle-



*Eugen Wullschleger*

gers – ohne jegliche Änderung. Ins erste Parteikomitee mit einer Amts dauer vom Sommer 1890 bis zum Sommer 1891 wählte sie unter andern Wullschleger und Wilhelm Bärwart. Erster Parteipräsident wurde der *Parteigründer Wullschleger*.<sup>24)</sup> Die organisatorischen und personellen Voraussetzungen für den Aufstieg der Basler Sozialdemokratie waren damit geschaffen.

### *c) Die Entwicklung der Organisation*

Nach § 1 der am 26. Juni 1890 von der Gründungsversammlung angenommenen Statuten stellte die «Sozialdemokratische Partei Basel» (SP) die Vereinigung der im Kanton Basel-Stadt wohnenden Mitglieder der SPS dar.<sup>25)</sup> Als Organe sind vorgesehen: die Parteiversammlung, die Vertrauensmännerversammlung und das Parteikomitee.

Die *Parteiversammlung* entscheidet endgültig in allen wichtigen Parteiangelegenheiten. Zur Teilnahme sind alle Mitglieder berechtigt. In der Regel ist auch den übrigen schweizerischen Gesinnungsgenossen der Zutritt zu gestatten. Die Parteiversammlung tritt ordentlicherweise viermal jährlich zusammen.

Zur Förderung der Parteipropaganda und zur Vorbesprechung der Parteiangelegenheiten, vor allem der Wahlen und Abstimmungen, sind in den verschiedenen Stadtgebieten Sektionen vorgesehen. Die ordentliche Juni-Parteiversammlung bestimmt jeweils für ein Jahr die Sektionskreise und die von jeder Sektion zu ernennende Zahl der Vertrauensmänner. Die Sektionen versammeln sich vierteljährlich mindestens einmal.

Die *Vertrauensmänner* bilden das Bindeglied zwischen dem Parteikomitee und den Sektionen sowie den einzelnen Partei- und übrigen Gesinnungsgenossen. Sie werden von den Sektionen aus den in ihren Kreisen wohnenden Parteimitgliedern auf die Dauer eines Jahres gewählt. Die Vertrauensmänner-Versammlung besteht aus den Vertrauensmännern sämtlicher Sektionen und den Mitgliedern des Parteikomitees. Sie hat alle wichtigen Parteiangelegenheiten zuhanden der Parteiversammlung vorzubereiten und kann in dringenden Fällen selbst entscheiden. Sie tritt vierteljährlich mindestens einmal zusammen.

Das *Parteikomitee* wird jeweils in der ordentlichen Juni-Parteiversammlung auf die Dauer eines Jahres gewählt. Es besteht aus fünf Mitgliedern, welche die Geschäfte unter sich verteilen. Das Parteikomitee vollzieht die Beschlüsse der Partei- und Vertrauensmänner-Versammlungen und vertritt die Partei nach aussen.

Als *Mitglied* der Partei wird jeder Schweizer Bürger anerkannt, welcher sich zum Programm der SPS bekennt und eine schweizerische Mitgliedkarte mit Quittung des verfallenen letzten Jahresbeitrags sowie eine kantonale Mitgliedkarte mit Quittung des verfallenen letzten Vierteljahres-Beitrags besitzt. Auch Frauen können der Partei beitreten.

Der kantonale Mitgliederbeitrag beläuft sich auf 20 Rappen im Vierteljahr und ist zum voraus zu entrichten. Die Quittung erfolgt durch Aufkleben einer Marke.

Offizielles Presseorgan ist der «*Basler Arbeiterfreund*». Eine Statutenrevision kann nur an einer ordentlichen Parteiversammlung erfolgen.

Die Organisation der SP Basel erfolgte nach Grundsätzen, die damals beim Aufbau sozialistischer Parteien in der Schweiz und im übrigen Europa fast durchgehend zur Geltung kamen. Da sie sich in ihren Anfängen fast ausschliesslich aus der Arbeiterschaft rekrutierte und folglich nicht – wie bürgerliche Parteien liberaler oder konservativer Richtung – auf namhafte freiwillige finanzielle Beiträge rechnen konnte, musste sie sich als Mitgliederpartei mit der Tendenz zur Massenpartei organisieren: Die bescheidenen Mitgliederbeiträge erlaubten erst bei einer grossen Zahl von Parteigenossen eine intensive politische Tätigkeit. Hauptmittel zur Gewinnung der Massen ist das für sozialistische Parteien bezeichnende Basiselement der Sektion. Auf territorialer Grundlage aufgebaut, soll sie innerhalb eines bestimmten Umkreises Mitglieder werben, sie politisch erziehen und daraus eine Elite heranbilden. Die *Sektionen* stellen die *Vorläufer der späteren Quartiervereine* dar, auf welchen die sozialdemokratischen Parteien in den Städten noch heute basieren.

Ein allgemein sozialistisches Kennzeichen der Parteiorganisation stellt ferner deren *demokratische Struktur* dar; auch darin unterschied sie sich weitgehend von der Mehrzahl der bürgerlichen Honoratioren-Parteien. Das demokratische Prinzip erweist sich sowohl in der Finanzierung (gleicher Beitrag für alle Parteimitglieder, offene Rechnungsführung) wie in der Wahl der Funktionäre. Das durchwegs angewendete Kollegialprinzip liegt allerdings ebensosehr in der schweizerischen wie in der sozialistischen Tradition. Auch der Grundsatz der Gewaltentrennung gehörte seit langem zu den Organisationsgrundlagen sozialistischer Parteien. In einem Punkt allerdings blieb die Basler Partei hinter den demokratischen Traditionen vieler schweizerischer Arbeiterorganisationen zurück: Die Statuten sahen kein Referendum vor, wie es auf schweizerischer Ebene in der Form der Urabstimmung vom Grütliverein eingeführt und von zahlreichen andern Organisationen übernommen worden war, so auch vom Arbeiterbund Basel. Da aber die SP eine *direkte Struktur* besass, d.h. auf Einzel-, nicht auf Kollektivmitgliedschaft beruhte, wurde die Einrichtung des Referendums hinfällig, zumal alle Parteigenossen die Möglichkeit besass, an den Parteiversammlungen zur Willensbildung beizutragen.

Grundsätzlich sehen die Statuten drei Stufen des Verhältnisses zur Partei vor, wozu als vierte, loseste noch der am Parteileben sonst keinen Anteil nehmende Wähler tritt.

Den äussersten Kreis stellen die als «Gesinnungsgenossen ohne Mitgliedschaftskarte» bezeichneten *Sympathisanten* dar. Ihre Zahl ist kaum zu bestimmen; Anhaltpunkte geben annähernd die Abonnenten der Parteipresse (Arbeiterfreund, Arbeiterstimme, Grütlianer) und der Besuch bedeutender Parteianlässe. De facto dürfte es sich vor allem um der Partei nicht angehörende Mitglieder des Arbeiterbunds, vor-

nehmlich der Grütlivereine und der ehemaligen sozialdemokratischen Mitgliedschaft, handeln. Hauptgründe für den Nichtbeitritt dürften finanzielle Erwägungen und Angst vor Repressalien des Arbeitgebers gewesen sein.

Eine mittlere Stufe der Beteiligung am Parteileben stellen die *gewöhnlichen Mitglieder* dar. Die Statuten sehen als Beitragsbedingung nur die regelmässige Bezahlung der Beiträge vor. Ob tatsächlich die Empfehlung durch andere Parteigenossen oder gar das System der Bürgschaft nötig war, wie dies bei gewissen Arbeitervereinen seit Jahren üblich war, kann nicht mehr festgestellt werden.

Den innersten Kreis der Parteimitglieder bilden die Vertrauensmänner als *Aktivisten* (militants) der Partei. Von ihrer Zahl und ihrem Einsatz hing die Leistungskraft der Partei mindestens ebensosehr ab wie von der Quantität der Mitglieder und der Qualität der eigentlichen Parteiführer. Auch musste es für die Partei von Bedeutung sein, wieviele davon in der Lage sein würden, in führende Funktionen aufzurücken.

Es steht ausser Frage, dass die neue Organisation weit beweglicher und besser auf die politischen Bedürfnisse der Basler Arbeiterschaft zugeschnitten war als die bisherige Arbeiterpartei im Rahmen des Arbeiterbunds Basel. Auch brachte sie durch ihren Namen ihre Ziele deutlicher zum Ausdruck, gab aber – ganz im Sinne Stecks – auch zu erkennen, dass ihr nicht bloss die Lohnarbeiter im engern Sinn, sondern auch die Angehörigen anderer Gesellschaftsklassen als Parteigenossen willkommen waren. Mit der Gründung der SP wurde die bisherige Basler Arbeiterpartei überflüssig.

Wie sollte sich aber die neue *Partei zum Arbeiterbund Basel verhalten*? Wenige Wochen nach der Parteigründung setzte sich Wullschleger in einem Leitartikel des «Arbeiterfreunds» mit dieser für die Zukunft der Basler Arbeiterbewegung entscheidenden Frage auseinander, wobei er versuchte, Bedenken aus Gewerkschafts- und Grütliaerkreisen zu zerstreuen.<sup>26)</sup>

Der Parteipräsident und ehemalige Vorsitzende des Arbeiterbunds stellte zunächst fest, dass die weitgehend durch ihn 1886 ins Leben gerufene Organisation auch in Zukunft eine bedeutende Aufgabe vor sich habe. Beide Vereinigungen, Arbeiterbund und Partei, sollten *sich wechselseitig ergänzen* und fördern. Der Partei sei die politische Aktion aufgetragen, alles andere, auch die bildende Tätigkeit, sei dem Arbeiterbund überlassen.

Von der *Arbeitsteilung zwischen Partei und Arbeiterbund* erhoffte sich Wullschleger vor allem eine Entlastung der Funktionäre, denen bisher zum Teil sowohl die politische Aktion wie die bildende und gewerkschaftliche Arbeit zugefallen waren. Voraussetzung dazu sei allerdings, dass der bis anhin bei der organisierten Arbeiterschaft vielfach übliche Raubbau an den Kräften Einzelner aufhöre, der in nichts hinter der Ausbeutungspraxis eines herzlosen Unternehmertums zurückstehe.

Mit diesen klaren und weisen Ausführungen bewies Wullschleger einmal mehr, dass er die Probleme der Arbeiterbewegung trotz seines jugendlichen Alters – er war zur Zeit der Parteigründung achtundzwanzigjährig – von Grund auf kannte. Offen blieb, ob ihm das Fussvolk folgen werde.

Die SP hat ihre ersten Statuten vom 26. Juni 1890 zweimal vollständig revidiert: am 26. Juni 1894 und am 29. Januar 1896. Im wesentlichen hat sie aber ihre ursprünglichen *Organisationsprinzipien* bis über die Jahrhundertwende *beibehalten*. Sie blieb eine ausschliesslich auf dem schweizerischen Element beruhende Mitgliederpartei mit demokratischem Aufbau und Finanzierung aus den Mitgliederbeiträgen. Die Einrichtung quartiermässiger Parteisektionen wurde grundsätzlich ebensowenig angetastet wie das Vertrauensmännerystem oder das Kollegialitätsprinzip in der Parteileitung. Die organisatorischen Änderungen blieben bis 1901 von untergeordneter Bedeutung und ergaben sich aus dem Wachstum der Partei oder als Korrekturen von Massnahmen, die sich nicht bewährt hatten. Als *Hauptschwierigkeiten* erwiesen sich die Finanzierung, die Überlastung der Männer des ersten Glieds, die Unzuverlässigkeit eines grossen Teils der Vertrauensmänner und die Abneigung der Fabrikarbeiter gegen alle Organisation. Dagegen blieb die Partei von schweren inneren Erschütterungen, wie sie in den neunziger Jahren etwa die Berner Sozialdemokratie erlebte, verschont, und auch das Verhältnis zu den andern Arbeiterorganisationen und deren Zentralverband, dem Arbeiterbund Basel, gestaltete sich mit Ausnahme einer Krise in den Jahren 1893/94 sehr zufriedenstellend.

Nach den Statuten von 1890 hatte die Juni-Parteiversammlung jeweils die Sektionskreise zu bestimmen. Dies geschah erstmals einen Monat nach der Parteigründung. Die drei *Sektionskreise* entsprachen weitgehend den heutigen Wahlkreisen *Grossbasel-Ost*, *Grossbasel-West* und *Kleinbasel* – natürlich im Rahmen des damaligen Umfangs der Stadt.<sup>27)</sup> Die im Winter 1890/91 monatlich durchgeföhrten Sektionsversammlungen, bei denen aktuelle Fragen im Vordergrund standen, bewährten sich ausgezeichnet, umso mehr als sie in verschiedenen Quartieren abgehalten wurden, um möglichst viele Gesinnungsgenossen anzuziehen.<sup>28)</sup> Die Hauptlast ruhte allerdings weiterhin auf wenigen Schultern.

Weniger erfreulich liess sich die Einrichtung der *Vertrauensmänner-Versammlungen* an. Die dreizehn Versammlungen des ersten Parteijahrs wiesen zum Teil einen sehr schlechten Besuch auf, was dazu führte, dass im Dezember 1890 die Zahl der Vertrauensmänner pro Sektion erheblich erhöht werden musste. Wegen Wegzugs, Todesfalls oder Rücktritts ausfallende Vertrauensmänner wurden meist nicht ersetzt. Diese Missstände waren wenig verwunderlich. Noch fehlte der Partei eine genügende Anzahl von Aktivisten, so dass die sich für die Arbeit zur Verfügung Stellenden chronisch überlastet waren, umso mehr als es sich meist um Arbeiter mit dem Elfstunden-Tag handelte. Auch fehlte manchen von ihnen die politische Schulung, lässt sich doch nachweisen, dass nicht einmal alle Abonnenten der lokalen Parteizeitung waren.<sup>29)</sup>

Während die *Parteiversammlungen* mit durchschnittlich 70 Mitgliedern und Sympathisanten mässigen Besuch aufwiesen, fanden die *öffentlichen Agitations- und Volksversammlungen* des ersten Parteijahrs regen Zuspruch. Vor 500 Anwesenden referierte Nationalrat Joos aus Schaffhausen über das Notenmonopol, vor 300 der Zürcher Otto Lang über die Sozialdemokratie, vor 250 Redaktor Conzett über ein

ähnliches Thema; das geringste Interesse wurde Parteigründer Steck bei seinem Standardreferat über das Recht auf Arbeit entgegengebracht.<sup>30)</sup>

Dank der Personalunion einer Grosszahl der führenden Genossen wickelte sich die *Zusammenarbeit zwischen Partei und Arbeiterbund* reibungslos ab. Das Parteikomitee blieb genau auf der Linie des programmatischen Artikels von Wullschleger vom 19. Juli 1890, wenn es im September 1891 ein Gesuch des Vereins schweizerischer Sozialdemokraten (der ehemaligen Mitgliedschaft der SPS von 1880) um verstärkte Bildungsarbeit mit der Begründung abwies, diese Aufgabe komme nach wie vor dem Arbeiterbund und dessen Sektionen zu.<sup>31)</sup>

Die Überlastung der Sektionsvorstände und Vertrauensmänner führte im Sommer 1892 dazu, dass die Zahl der Sektionen von drei auf zwei reduziert wurde: Grossbasel und Kleinbasel/Kleinhüningen. Die Vertrauensmänner sollten nicht mehr von den Sektionen, sondern in einer Parteiversammlung, die Vorstände der Sektionskreise vom Parteikomitee gewählt werden.<sup>32)</sup> Diese de facto einer Partialrevision der Statuten von 1890 gleichkommenden Parteiversammlungs-Beschlüsse weisen auf eine zentralisierende Tendenz hin und verstärkten die Stellung der Exekutive, des Parteikomitees, dessen Mitgliederzahl wenige Monate zuvor wegen der zunehmenden Geschäfte von fünf auf sieben erhöht worden war.<sup>33)</sup> Es lag der Parteiführung offensichtlich daran, zuverlässige und fähige Elemente als Aktivisten zur Verfügung zu haben, was erfahrungsgemäss bei einer Wahl durch die Sektionen, wo der Zufall und persönliche Sympathien stark ins Gewicht fielen, nicht immer gesichert war.

Mochte sich die neue, vereinfachte Sektionseinteilung für Grossbasel zunächst bewähren, so machte sich in Kleinbasel bald eine gegenläufige Tendenz bemerkbar. Wahlpolitische Erwägungen liessen in der Arbeiterhochburg Horburg, dem ehemaligen äusseren Bläsiquartier, das Bedürfnis nach engerem lokalen Schulterschluss entstehen. Aus eigener Initiative schlossen sich deshalb Ende November oder Anfang Dezember 1892 45 Parteigenossen unter dem Präsidium von Gustav Fautin sen. zum ersten sozialdemokratischen Quartierverein, dem *Horburg Quartierverein*, zusammen.<sup>34)</sup> Er sollte während Jahrzehnten nicht nur der zahlenmässig dominierende, sondern auch der politisch aktivste Quartierverein der SP bleiben.

Zukunftsweisend war das Jahr 1892 auch insofern, als erstmals eine grössere Zahl von Frauen an den Parteiversammlungen teilnahmen, zweifellos Angehörige der Arbeiterinnenvereine.<sup>35)</sup> Eine politische Rolle haben die Frauen allerdings innerhalb der Partei bis zum Ersten Weltkrieg nicht zu spielen vermocht; wie alle andern, blieb auch die SP noch auf Jahre hinaus eine ausgesprochene *Männerpartei*.

Die Erfahrungen anlässlich der Grossratswahlen liessen in der Parteiführung schon im Sommer 1893 den Wunsch aufkommen, die Parteiorganisation nicht nur in Wahlzeiten, sondern ständig quartierweise aufzubauen.<sup>36)</sup> Da zudem die bedeutenden finanziellen Aufwendungen des Wahljahres 1893 nach einer Neugestaltung der Parteifinanzen riefen, war im politisch relativ ruhigen Jahr 1894 eine *Statutenrevision*

fällig. Am 26. Juni 1894 wurde der wohl wieder von Wullschleger ausgearbeitete Entwurf von der ordentlichen Parteiversammlung angenommen.<sup>37)</sup>

Der Zweckparagraph und die Bestimmungen über die Mitgliedschaft blieben praktisch unverändert. Der Mitgliederbeitrag erfuhr eine Erhöhung um ein Drittel: Statt 20 Rappen im Vierteljahr hatte der Angehörige der Kantonalpartei jetzt 10 Rappen im Monat zu bezahlen. Zusammen mit den 20 Rappen für die schweizerische Partei hatte jedes Mitglied also Fr. 1.40 Jahresbeitrag zu leisten – auch beim damaligen Geldwert eine bescheidene Summe. Im übrigen enthielten die neuen Statuten genaue Anweisungen über das Rechnungswesen innerhalb der Partei, während die ersten in dieser Hinsicht sehr lakonisch gewesen waren. Das Markensystem blieb unangetastet, obschon es beträchtliche Umtriebe verursachte und von Anfang an nicht völlig befriedigen konnte.

Das Basiselement der Sektion wurde beibehalten, doch setzte sich nun die Tendenz zum kleinen, übersichtlichen Sektionskreis durch: Er sollte mit dem Umfang eines Wahlquartiers zusammenfallen. Diese Bestimmung war für Quartiere mit starkem Anteil der Arbeiterbevölkerung durchaus sinnvoll und musste dort bald zur Gründung von sozialdemokratischen Quartiervereinen führen. In Stadtkreisen jedoch, wo das Arbeiterelement nur in kleiner Zahl vorhanden war, bestand nicht geringe Gefahr, dass die Sektion nie zu vollem Leben erwachen und bestenfalls in Wahlzeiten einige Aktivität entfalten werde.

Als Organe der Partei nannte § 6 der neuen Statuten die Parteiversammlung als eigentlichen Souverän, das Parteikomitee, die Sektionsversammlungen und die Sektionskomitees. Die Vertrauensmännerversammlung, die sich aus uns bekannten Gründen schlecht bewährt hatte, wurde nicht mehr als eigentliches Parteiorgan anerkannt. Sie bestand aus der Vereinigung sämtlicher Sektionskomitees und sollte nur noch vierteljährlich zur Behandlung agitatorischer Fragen oder wichtiger innerer Parteiangelegenheiten einberufen werden.

Das *Parteikomitee* wurde auf eine *breitere Basis* gestellt. Es sollte von nun an neben dem Parteipräsidenten, dem Parteikassier und dem Parteisekretär die sämtlichen Sektionspräsidenten und Sektionskassiere umfassen, welchen damit erneut eine beträchtliche Last auferlegt wurde. Die drei Erstgenannten bildeten das Büro der Parteiversammlung und des Parteikomitees; sie wurden weiterhin in der ordentlichen Juni-Parteiversammlung gewählt.

Die Sektionskomitees sollten aus einem Präsidenten, einem Kassier und einer beliebigen Anzahl von Beisitzern bestehen, die alle von einer Sektionsversammlung zu wählen waren.

Im Juli 1894 wurden erstmals in allen neugeschaffenen Sektionskreisen Versammlungen abgehalten und die Sektionskomitees gewählt.<sup>38)</sup> Im Oktober beschloss eine Arbeiterversammlung die Gründung eines Allgemeinen Arbeitervereins Kleinhünigen, dessen schweizerische Mitglieder sich zu einer Sektion der baselstädtischen Partei konstituieren sollten.<sup>39)</sup> Ob dies sogleich geschehen ist, lässt sich nicht mehr nach-

weisen, eben so wenig, ob der im April 1895 auftauchende Plan der Gründung eines sozialdemokratischen Aeschen-Quartiervereins verwirklicht worden ist.<sup>40)</sup> Fest steht dagegen, dass – wohl auf Initiative Wilhelm Bärwarts, des ersten Präsidenten – im Juni 1895 *ein sozialdemokratischer Quartierverein Spalen* mit 56 Mitgliedern ins Leben gerufen wurde, womit auch Grossbasel zu seinem ersten sozialdemokratischen Quartierverein kam.<sup>41)</sup>

Wenn in den Statuten des Jahres 1894 die Vertrauensmännerversammlung abgewertet worden war, so vor allem, weil der Partei nicht genügend tüchtige Aktivisten zur Verfügung gestanden waren. Im Frühherbst beschloss nun aber eine Parteiversammlung, auch die Vertrauensmännerversammlung auf eine breitere Grundlage zu stellen und dazu auch die Vorstandsmitglieder der beiden Grütlivereine und des Vereins schweizerischer Sozialdemokraten einzuladen.<sup>42)</sup> Gelegentlich wurden auch noch andere Kräfte beigezogen, so im Januar 1895 die Gruppe sozialdemokratischer Grossräte und die Vortragskommission.<sup>43)</sup> Wo es die Lage gebot, hielt man sich also nicht streng an die Statuten.

Nachdem die Basler Arbeiterbewegung seit ihrer Neubegründung im Jahre 1886 unter der sicheren Führung Eugen Wullschlegers jahrelang ein viel beneidetes Bild inneren Friedens und ruhiger Entwicklung geboten hatte, wurde sie im Herbst 1893 im Zusammenhang mit der Schaffung einer zweiten Redaktorenstelle beim Parteiblatt in innere Wirren gestürzt, die bis in das Spätjahr 1894 andauerten; es ist davon an anderer Stelle ausführlich die Rede. Da dem Konflikt vor allem der alte Gegensatz zwischen dem ausländischen, deutschen und dem schweizerischen Arbeiterelement zugrunde lag, wurde er fast ausschliesslich im Rahmen des Arbeiterbunds ausgetragen, die Partei wurde davon nur mittelbar berührt.<sup>44)</sup> Wullschleger, der einmal mehr die Rolle eines Vermittlers zu spielen versuchte, durfte es durchgesetzt haben, dass im November 1894 zu einer Parteiversammlung im Zusammenhang mit einer Regierungsrats-Ersatzwahl erstmals auch ausländische Genossen eingeladen wurden.<sup>45)</sup> Mochte es sich dabei nur um eine Geste der Versöhnung handeln, so stellte sich die Basler Kantonalpartei damit doch in scharfen Gegensatz zur Konzeption der Steck'schen Parteigründung von 1888. Da die Ausländer aber kein Stimmrecht besassen, blieb das symbolische Entgegenkommen ohne praktische Auswirkungen: Die sozialdemokratische Kantonalpolitik wurde auch weiterhin ausschliesslich von Schweizern bestimmt.

Hatten die Statuten von 1894 bereits einen Zug zur Dezentralisierung der Partietätigkeit gezeigt, so erwies sich bald, dass diese Tendenz noch weiter verfolgt werden musste. Die rasche Ausdehnung der Stadt und das damit einigermassen Schritt haltende Wachstum der Partei liessen die kantonalen Parteiversammlungen allmählich zur Karikatur werden, kam es doch nicht selten vor, dass sie schlechter besucht waren als die Sektionsversammlungen in ausgesprochenen Arbeiterquartieren.<sup>46)</sup> Deshalb fasste eine Parteiversammlung auf Antrag Wullschlegers bereits fünfzehn Monate nach der letzten *Statutenrevision* den Beschluss, die Parteiverfassung erneut total zu

revidieren.<sup>47)</sup> Am 29. Januar 1896 genehmigte eine Parteiversammlung den Entwurf des Parteikomitees, womit die neuen Statuten sogleich in Kraft traten.<sup>48)</sup>

Die Hauptneuerung stellte die de facto-Abschaffung der Parteiversammlung dar. Diese sollte nur noch in den seltenen von den schweizerischen Parteistatuten und Parteibeschlüssen vorgesehenen Fällen einberufen werden. An ihre Stelle trat als oberste Parteiinstanz die ordentlicherweise viermal jährlich zusammentretende Vertrauensmänner-Versammlung, bestehend aus den Mitgliedern des Parteikomitees, der Grossratsfraktion und den Präsidenten, Kassierern und Delegierten der Quartiervereine. Diese Bestimmung ersetzte das System der direkten Demokratie innerhalb der Partei durch jenes der *repräsentativen Demokratie*. Da die Delegiertenzahl pro Quartierverein bei einem Maximum von zehn von dessen Mitgliederzahl abhing, konnten starke Organisationen, wie etwa der Horburg-Quartierverein, einen namhaften Einfluss auf die Willensbildung in der Partei ausüben.

Die *Dezentralisierung* der Partei wurde nun endgültig institutionell verankert. Das Schwergewicht der Parteitätigkeit wurde in die Quartiervereine verlegt, die einen bedeutenden freien Spielraum erhielten. Für die Landgemeinden, deren parteipolitische Erschliessung erstmals ernsthaft ins Auge gefasst wurde, waren Gemeindevereine vorgesehen; in der Stadt sollten sich wenn nötig zwei benachbarte Quartiere zu einer einzigen Quartierorganisation zusammenfinden, bis die Partei in beiden stark genug wäre, um zwei selbständigen Quartiervereinen eine Existenzgrundlage zu bieten.

Das Parteikomitee wurde nach den offenbar ungünstigen Erfahrungen mit der verbreiterten Grundlage wieder auf eine Mitgliederzahl von sieben reduziert und sollte von der Vertrauensmänner-Versammlung gewählt werden. Von 1897 an war das Parteijahr mit dem Kalenderjahr zusammenzulegen – ein Entschluss, der längst fällig gewesen wäre und Auswirkungen auf zahlreiche Arbeitervereine hatte.

Eine bedeutende Entlastung des Parteikassiers stellte es dar, dass die Quartiervereine den Mitgliederbeitrag selber festlegen und einziehen konnten. Es wurde ihnen einzig die Verpflichtung auferlegt, aufgrund eines Mitgliederverzeichnisses pro Mitglied und Halbjahr 50 Rappen an die kantonale Partei abzuliefern. Offen blieb die Frage, ob die Quartiervereine der Gesamtpartei gegenüber nicht die seit altersher bei den Arbeitervereinen übliche Taktik anwenden würden, zu kleine Mitgliederzahlen anzugeben, um die eigene Finanzlage aufzubessern. Das Amt eines Vereinskassiers kennt seine eigenen Gesetzlichkeiten, die oft genug über die Grundsatztreue triumphieren.

Ob die neuen Statuten sich bewähren würden, hing weitgehend von der *Gründung neuer Quartiervereine* ab, zugleich aber auch davon, wie diese geführt wurden.

Die Antwort erfolgte rasch. Bereits im April 1896 wurde eine zweite Quartierorganisation in Kleinbasel in Aussicht genommen, einen Monat später war sie Tatsache. Der *Riehen- und Bläsiquartierverein* sollte zum zweiten Bollwerk der SP neben dem Horburg-Quartierverein werden. Wie ernst man es mit dem Grundsatz nahm,

das Schwergewicht der Parteitätigkeit sei in die Quartiere zu verlegen, zeigt die Zusammensetzung des ersten Vorstands: Mit Wullschleger als Präsidenten, Josef Meier als Kassier und Stadelmann als Vizepräsidenten wurden drei Grossräte in die wichtigsten Ämter gewählt.<sup>49)</sup> Da der Quartierverein Horburg damals von Grossrat Müller-Ott und der Quartierverein Spalen von Wilhelm Bärwart präsidiert wurden, waren die besten Kräfte der Partei tatsächlich weitgehend in den Basisorganisationen eingespannt. Diese entfalteten denn auch eine intensive Tätigkeit. Die monatliche Sitzung wurde zum allgemeinen Usus. Nachdem die Gründung eines *Quartiervereins St. Johann* im Februar 1896 gescheitert war, kam die geplante Organisation ein knappes Jahr später, am 30. Januar 1897, doch noch zustande.<sup>50)</sup> Im Mai 1899 wurde der *Peters- und M nsterquartierverein* und ungefähr um dieselbe Zeit der *Quartierverein Aeschen* ins Leben gerufen.<sup>51)</sup> Zu Ende des Jahrhunderts bestanden demnach in Basel sechs sozialdemokratische Quartiervereine, zwei in Kleinbasel und vier in Grossbasel. Noch nicht erschlossen waren die Quartiere Steinen, St. Alban sowie die Landgemeinden Riehen und Bettingen, unter welchen St. Alban (Breite) bereits eine beträchtliche Arbeiterbevölkerung aufwies. Hier stand der Partei noch ein weites Feld der Tätigkeit offen.

Obschon die Quartiervereine vor allem als politische Kampforganisationen im Hinblick auf Wahlen und Abstimmungen gegründet wurden, nahmen bald eigentliche *Quartier-, d.h. Sachfragen* eine hervorragende Stellung auf den Traktandenlisten ein. Vor allem die beiden Kleinbasler Vereine beschäftigten sich intensiv mit baulichen, sanitarischen und Verkehrsbedürfnissen ihres Stadtgebiets, was bereits im August 1896 zu einer Petition an den Regierungsrat führte.<sup>52)</sup> 1899 konnte der Horburg-Quartierverein mit Befriedigung feststellen, dass ein grosser Teil der von ihm seit 1893 erhobenen Postulate verwirklicht worden sei, so die Errichtung einer Postfiliale, einer Apotheke, einer Poliklinikstation, eines Polizeipostens, eines Schulhauses, staatlicher Kleinkinderanstalten und die Erstellung einer zweckmässigeren Tramverbindung.<sup>53)</sup> Diese aufbauende, für alle Gesellschaftsklassen nutzbringende Tätigkeit lag ganz in der  *kommunalpolitischen Linie*, welche die Basler Arbeiterbewegung seit 1886 in ihrem schweizerischen Element charakterisierte. Ihr H uptr ger, Eugen Wullschleger, übersah allerdings auch die Gefahren einer solchen *Versachlichung der Politik* für eine sich im Aufstieg und in Kampfsituation befindende Partei nicht, so dass er gelegentlich auf die Hauptaufgabe der Quartiervereine hinwies, zumal die Konkurrenz der christlich-sozialen Organisationen sich immer stärker bemerkbar machte.<sup>54)</sup>

Die SP stellte um die Jahrhundertwende organisatorisch eine beachtliche *Macht* dar. Gegenüber den andern Parteien dürfte sie deutlich im Vorsprung gewesen sein. Die Dezentralisierung hatte sich bewährt, die Verbindung der direkten mit der indirekten Demokratie innerhalb der Partei, die einer gesamteidgenössischen Tendenz entsprach, wirkte sich günstig aus. Dennoch wies die Organisation noch *Schwächen* auf. Noch standen der Partei bei weitem nicht die Mittel zur Verfügung, über die die

beiden historischen Parteien der Stadt verfügten. Die Überlastung der Führer des ersten Glieds war nicht geringer als zur Zeit der Parteigründung. Noch fehlte ein genügendes Kader der zweiten Linie. Viel Energie ging durch die Zweispurigkeit von Partei und Grütliverein verloren, doch zeichnete sich hier seit Jahren eine Annäherung ab. Am 6. April 1899 wechselte die Partei von der «Blume» ins neue Heim des Grütlivereins über.<sup>55)</sup> Das mochte als symbolischer Akt gedeutet werden. Es sollte aber noch zwei Jahre dauern, bis der Zusammenschluss Tatsache war.

#### *d) Die Parteifinanzen*

Im Gegensatz zur unmittelbaren Vorkriegszeit sind wir über das Finanzwesen der SP in ihrem ersten Jahrzehnt nur *lückenhaft orientiert*. Vor allem fehlen Mitgliederlisten, aber auch summarische Angaben über die Eingänge von Mitgliederbeiträgen. Die ordentlichen Beiträge wurden offenbar gesondert abgerechnet; Dokumente darüber sind nicht mehr vorhanden. Immerhin geben die «Allgemeinen Kassenbücher 1890–1899» einigen Aufschluss über die wichtigsten Ausgaben und die ausserordentlichen Einnahmen der Partei.<sup>56)</sup>

Beim *Ausgabenkonto* stehen die Posten für *Wahlagitation* deutlich im Vordergrund. Nahmen sich die 106 Franken für die Nationalratswahlen im Jahr der Parteigründung noch sehr bescheiden aus, so stehen für die Richter-, Grossrats- und Nationalratswahlen der anderthalb Jahre vom Sommer 1895 bis Jahresende 1896 schon 1877 Franken zu Buch. Im folgenden Jahr verschlangen die Regierungsratswahlen 724 Franken, die Nationalrats-Ersatzwahlen sogar über 1000 Franken. Für das grosse Wahljahr 1899 fehlen leider jegliche Angaben. Sehr dürftig sind wir auch über die Kosten für die Agitation bei kantonalen und eidgenössischen Abstimmungen unterrichtet. Die einzige zuverlässige Zahl betrifft die Proporzabstimmung von 1897: Mit 250 Franken ist sie in Anbetracht der Wichtigkeit der Sache für die Partei erstaunlich tief. Minim im Vergleich zur Wahlagitation sind die rein administrativen Ausgaben, was beim Fehlen eines vollamtlichen Parteisekretariats allerdings kaum verwundern kann.

Bei den zusätzlichen Einnahmen, auf die die Partei bei den geringen ordentlichen Mitgliederbeiträgen unbedingt angewiesen war, ist zu unterscheiden zwischen freiwilligen Beiträgen der Mitglieder und Sympathisanten und jenen der gesinnungsverwandten Vereine. Dazu kommen Einnahmen aus besonderen Vereinsanlässen.

Hielten sich die *freiwilligen Beiträge von Parteimitgliedern* in den ersten Jahren noch in bescheidenem Rahmen (5–30 Franken im Jahr), so wurden im zweiten Jahrfünft der Parteitätigkeit schon beträchtliche Summen gespendet (50–200 Franken). Als besonders gebefreudig erwiesen sich Eugen Wullschleger, Tobias Levy-Isliker, Cölestin Stadelmann, Rudolf Schweizer und Gustav Fautin jun., doch zeugen auch kleine Beiträge unbemittelter Genossen von der Opferfreudigkeit innerhalb der Partei. Eigentliche Gönner ausserhalb der Partei lassen sich nicht feststellen. Unter den

von der Arbeiterschaft profitierenden Geschäftsleuten riefen sich gelegentlich der Bierbrauer Dietrich und der Zigarrenhändler Oettinger durch bescheidene Beiträge in Erinnerung. Der Freisinnige Heinrich Reese zeigte sich der SP für seine im wesentlichen durch sie zustandegekommene Wahl in den Regierungsrat mit einem einmaligen Beitrag von 100 Franken erkenntlich.

*Freiwillige Beiträge* politischer oder gewerkschaftlicher *Vereine* sind nur für das erste Jahr der Parteitätigkeit nachzuweisen, so 100 Franken vom Arbeiterbund, 40 Franken vom Deutschen Arbeiterverein, 25 Franken vom Posamenterverein und je 20 Franken von der Typographia und der deutschen sozialdemokratischen Mitgliedschaft. Aus verschiedenen Vereinsprotokollen geht aber deutlich hervor, dass solche kollektiven Sympathiebeiträge auch in den folgenden Jahren geleistet wurden und in ausgesprochenen Wahljahren zusammen mit den freiwilligen Beiträgen der Mitglieder und Sympathisanten die Summe der ordentlichen Mitgliederbeiträge übertrafen. Seit 1899 durfte der Parteikassier auch mit namhaften Beiträgen der sozialdemokratischen *Verwaltungsräte im ACV* rechnen, die sich auf diese Weise der Partei für die Wahl in relativ einträgliche nebenberufliche Posten erkenntlich zeigten.

Tellersammlungen bei Vorträgen, Waldfeste, Tombolas und das Wirten beim St. Jakobsfest stellten weitere zusätzliche Einnahmequellen dar, dürften aber zusammen kaum je mehr als 500 Franken im Jahr eingebracht haben.

Alles in allem bildete die Beschaffung der finanziellen Mittel für die politische Agitation das Hauptproblem der jungen Partei. An einer Vertrauensmänner-Versammlung vom 26. Mai 1898 vermerkte Parteipräsident Wullschleger daraufhin, dass die Partei immer noch beträchtliche Schulden aufweise.<sup>57)</sup> Wie er um die Mitte der achtziger Jahre den Grütliverein saniert hatte, so ging er nun energisch und systematisch an den *Neuaufbau der Parteifinanzen* heran. Er führte aus, dass Basel – früher bezüglich der Organisation der Arbeiterklasse bahnbrechend – in den letzten Jahren von andern Industriestädten überholt worden sei. Um die führende Stellung wieder zurückzugewinnen, sei zweierlei nötig: Die Mitgliederzahl der Partei müsse erhöht und das Finanzwesen müsse auf eine neue Grundlage gestellt werden. Voraussetzung zu einem quantitativen Aufschwung der Partei sei, dass jeder klassenbewusste Arbeiter seiner Gewerkschaft, der kantonalen Partei und seinem Quartierverein angehöre, was in Anbetracht der geringen Beiträge der Partei auch dem schlechtbezahlten Arbeiter möglich sei. Zur Verbesserung der Parteifinanzen arbeitete Wullschleger ein Finanzreglement aus und schlug die Bildung einer Finanzkommission vor. Beides wurde von einer Vertrauensmänner-Versammlung am 2. Juni angenommen.<sup>58)</sup>

In die Finanzkommission wurden unter dem Vorsitz Wullschlegers lauter Männer gewählt, die durch ihre berufliche Tätigkeit dafür prädestiniert waren. Das Finanzreglement stellte genaue Bestimmungen über die Beitragsleistung auf. Neu geschaffen wurde die Institution der vom Finanzkomitee ernannten Einzüger.

Trotz diesen Massnahmen und einer ausgeglichenen Jahresrechnung für das Jahr 1898 (rund 1800 Franken Einnahmen und Ausgaben) musste der neue Vorstand 1899

eine aus früheren Wahlkämpfen stammende Schuldenlast von 1400 Franken antreten. Dabei stand ein ausgesprochenes Wahljahr bevor. Es galt deshalb, noch vor Beginn der Agitation für die Grossratswahlen neue Finanzquellen zu erschliessen. Das Wunder ereignete sich: In einer Vertrauensmänner-Versammlung vom 22. März konnte der Vorstand mitteilen, die Partei verfüge über einen Agitationsbetrag von 1100 Franken.<sup>59)</sup> Woher die Mittel kamen, verschweigen sowohl das Protokoll wie die Kas-senbücher. Analogieschlüsse führen zur Vermutung, dass es sich um ein Anleihen ei-nes begüterten Parteigenossen (Levy oder – wie 1897 – Stadelmann?) handelte.

Die dauernde Sanierung der Parteifinanzen war allerdings damit nicht erreicht. Eine wesentliche Beitragserhöhung kam nicht in Frage. So blieb nur der quantitative Ausbau der Partei übrig, wenn man sich nicht zu einer indirekten Partei verwandeln wollte, die sich – wie die um jene Zeit (1900) gegründete englische Labour Party – im wesentlichen von den Gewerkschaften finanzieren liess. Da im Arbeiterbund die Ausländer vorherrschten, wurde aber diese Möglichkeit nie ernsthaft in Betracht ge-zogen. Bemühungen um die *Gewinnung neuer Mitglieder* wurden seit dem Sommer 1898 systematisch unternommen, hatten aber geringen Erfolg. So blieben etwa Wer-bezirkulare bei Vereinen mit starkem Einschlag des Arbeiterelements fast ohne Echo.<sup>60)</sup> Erst die Verschärfung des Klassenkampfs am Anfang des neuen Jahrhun-derts brachte die SP ihrem Ziel, eine Massenpartei zu werden, einen grossen Schritt näher.

#### e) Die Parteiführung

Eine ausführliche Analyse des Problems der Führerschaft soll dem Abschnitt über die eigentliche Vorkriegszeit vorbehalten bleiben. Deshalb können wir uns hier auf die nötigsten Hinweise beschränken.

Im wesentlichen blieb die Partei während des ganzen Jahrzehnts vor der Jahrhun-dertwende unter der *Führung* ihres Gründers *Eugen Wullschleger*. Als Vertrauens-mann der SPS warb er zwischen dem Herbst 1888 und dem Sommer 1890 die ersten Basler Parteimitglieder und legte dann die Grundlagen zur eigentlichen Konstituierung einer Kantonalpartei. So war es selbstverständlich, dass ihm im Juli 1890 das Amt eines Präsidenten des Parteikomitees übertragen wurde.<sup>61)</sup> 1891 wiederge-wählt,<sup>62)</sup> wollte er bereits im Dezember dieses Jahres zurücktreten, da er die Vereini-gung von drei so wichtigen Ämtern wie jenes eines Präsidenten der SPS, der kantonalen Partei und der sozialdemokratischen Grossratsgruppe in einer Hand für undemokratisch hielt. Auf allgemeines Zureden hin blieb er dann allerdings bis zum Ablauf der statutenmässig vorgeschriebenen Zeit im Amt, erwies sich aber im Sommer 1892 allen Druckversuchen gegenüber immun und schlug die gegen seinen Willen zustandegekommene einmütige Wahl aus.<sup>63)</sup> Schon ein Jahr später stand der Vielbeschäftigte wieder an der Spitze des Parteikomitees.<sup>64)</sup> Er behielt das Amt bis Ende 1894, ein halbes Jahr über die vorgesehene Zeit hinaus, offenbar im Bemühen,

das Parteischiff ohne Schaden durch die Krise im Arbeiterbund hindurchzubringen. Nach dreijährigem Unterbruch finden wir Wullschleger 1898 erneut als Vorsitzenden des Parteikomitees, obschon er indessen als Nationalrat eine neue Last hatte übernehmen müssen.<sup>65)</sup> Als Präsident des Quartiervereins Riehen und Bläsi dürfte er aber schon seit dem Frühjahr 1896 durch das Mittel der Vertrauensmänner-Versammlung einen entscheidenden Einfluss auf die Parteiführung ausgeübt haben. 1899 lehnte er eine neue Kandidatur ab, gehörte dem Komitee aber weiterhin als Vizepräsident an. 1900 liess er sich widerstrebend erneut die höchste Parteibürde auferlegen und übte das Amt mit Auszeichnung aus, bis er 1902 zum Regierungsrat gewählt wurde.

Vom Sommer 1892 bis zur Wiederwahl Wullschlegers im Juni 1893 stand die Partei unter der Führung des Parteiwirts Eduard Siegrist. Bezeichnenderweise wurde diese Periode von vielen Parteigenossen als Interregnum empfunden. In sicheren Händen befand sich das Parteisteuere 1895 bis 1897 unter Wilhelm Bärwart, Rudolf Schweizer und Gustav Fautin jun. und 1899 unter Redaktor Wilhelm Arnold, doch besass keiner von ihnen auch nur annähernd die Führerqualitäten des starken Mannes der Partei.<sup>66)</sup>

Da die Partei kollegial geführt wurde, hing die Qualität der Leitung nicht nur vom jeweiligen Präsidenten, sondern auch von der Zuverlässigkeit und vom organisatorischen Geschick der übrigen Komiteemitglieder ab. Dies offenbarte sich vor allem 1892/93, als ein Vorstand von lauter Neulingen an die Stelle der in der schweizerischen Parteileitung tätigen Prominenz zu treten hatte. Die Rückschläge konnten nicht ausbleiben. Im ganzen bemühte man sich, eine gewisse *Konstanz im Personellen* aufrechtzuerhalten. Am eindrücklichsten wurde diese Tendenz durch Wilhelm Bärwart verkörpert, der dem Parteikomitee während acht Jahren in den verschiedensten Funktionen angehörte. Aber gerade das Amt, das der Kontinuität am ehesten bedurft hätte – jenes des Kassiers – war jahrelang ständigem Wechsel unterworfen, weil es seinen Träger weitgehend aufrieb. Erst mit dem Parteiwirt Ringele, der von 1896 bis 1899 ausharrte, kam eine gewisse Stetigkeit in das Finanzwesen der Partei.

Auffällig ist der *geringe Anteil an Intellektuellen* nicht nur in der Mitgliedschaft, sondern auch in den führenden Positionen der Basler Partei. Unter den Parteipräsidenten der neunziger Jahre hatte einzig Sekundarlehrer Gustav Fautin akademische Studien betrieben, unter den weiteren Komiteemitgliedern der Jurist Dr. Förter und Sekundarlehrer Adam Müller-Ott. Wullschleger und Bärwart waren kaufmännisch gebildet, Schweizer wahrscheinlich kunstgewerblich, Stadelmann war vom Bauzeichner zum Departementssekretär aufgestiegen. Nur Wilhelm Arnold und Eduard Siegrist stammten aus der Arbeiterschaft, jener als Buchdrucker aus dem Berufsarbeiteratum, dieser als Posamentier aus der Fabrikarbeiterenschaft. Wullschleger, Arnold und Siegrist hatten aber ihre ursprünglichen Berufe bereits mit Partefunktionen vertauscht, als sie Parteipräsidenten wurden: die beiden ersten als Redaktoren, der Letztgenannte als Parteiwirt nach einer Reihe politisch bedingter Massregelungen.

Ausgesprochen *junge Parteipräsidenten* waren Wullschleger (28), Fautin (36) und Bärwart (38), mittleren Alters Siegrist (45); dagegen hatten Schweizer und Arnold das fünfundfünfzigste Lebensjahr bereits hinter sich, als sie an die Spitze der Partei berufen wurden.

Wie schon erwähnt, litt die Parteiführung stark unter der *Überlastung* der Männer des ersten Glieds. Einen *Extremfall* stellte in dieser Hinsicht *Eugen Wullschleger* dar. Als erster Berufspolitiker der Basler Arbeiterbewegung widmete er dieser den grössten Teil seiner erstaunlichen Arbeitskraft, diente aber seit 1888 auch der gesamt-schweizerischen Sozialdemokratie nach besten Kräften: 1888/89 beim Aufbau der nationalen Parteiorganisation, 1891–93 als schweizerischer Parteipräsident, seit 1896 als Nationalrat, 1896–98 als Zentralsekretär des Schweizerischen Grütlivereins und seit 1898 als Generalsekretär der Eidgenössischen Post-, Telefon- und Zollangestellten. Obschon die Tätigkeit für das Parteiblatt zwischen 1887 und dem 31. Januar 1897 vollen Einsatz der Kräfte erforderte und infolge der prekären Finanzlage des Unternehmens an den Nerven zehrte, stellte sich Wullschleger immer wieder als Präsident des Parteikomitees zur Verfügung und diente der Bewegung gleichzeitig in andern Funktionen, so als Präsident der Finanzkommission der Partei, des Quartiervereins Riehen und Bläsi und während Jahren des Grütlivereins Grossbasel. Als Sachkenner und unermüdlicher Agitator von überall her angefordert, trat er bis zu viermal in der Woche und im Durchschnitt wohl jedes zweite Wochenende als Referent vor einheimische und auswärtige Arbeitervereine oder Parteiorganisationen. Dazu kam noch eine ausserordentlich intensive Tätigkeit als Grossrat. Dies alles wäre nicht möglich gewesen ohne die robuste Gesundheit, die überdurchschnittliche Arbeitskraft und die rationelle Arbeitsweise Wullschlegers, doch kam ihm auch seine ausgeglichene, durch nichts aus der Ruhe zu bringende Gemütslage zustatten. Ohne ausgeprägten persönlichen Ehrgeiz diente Wullschleger vor allem der Sache, von deren Gerechtigkeit er im tiefsten überzeugt war. So war er auch bereit, ihr jegliches Opfer an Zeit und privater Bequemlichkeit zu bringen.

Unter den übrigen Parteimitgliedern des ersten Glieds war die Belastung durch unmittelbare und mittelbare Partefunktionen nur unwesentlich geringer. Besonders deutlich tritt dies bei *Bärwart* zutage, der sich nicht nur der Kantonalpartei und seinem Quartierverein immer wieder zur Verfügung stellte, als Delegierter bei gesamt-schweizerischen Anlässen wirkte, beim Aufbau gewerkschaftlicher Organisationen mithalf und 1897 noch einmal den Arbeiterbund präsidierte, sondern auch in den Genossenschaftsbehörden jahrelang in vorderster Front stand. Ähnlich verhielt es sich bei *Wilhelm Arnold*, der neben seinen Partefunktionen auch solche in der Gewerkschaftsbewegung, in den Genossenschaftsbehörden und im Arbeiterbund versah und jahrelang dem Wohnungsmieter-Verein vorstand.

Die Stärke der Parteiführung in Basel beruhte auf ihrer klaren politischen Linie und auf dem völligen *Fehlen von Richtungskämpfen*. Fast ausnahmslos aus dem Grütliverein stammend, vertraten Wullschleger, Arnold, Bärwart, Fautin, Stadelmann,

Schweizer und Müller-Ott einen ausgesprochen demokratischen, undogmatischen, vor allem auf die lokalen Bedürfnisse ausgerichteten Sozialismus. Dieser entsprach weitgehend der Haltung der einheimischen Arbeiterschaft; so kam es vor 1900 auch nicht zu Spannungen zwischen der Parteielite und dem Fussvolk. *Stetige, ruhige Entwicklung* ist das Hauptkennzeichen der politischen Arbeiterbewegung Basels von ihrer Neubegründung im Jahre 1886 bis zur Jahrhundertwende.

### 5. Kapitel: Vom «Basler Arbeiterfreund» zum «Basler Vorwärts»<sup>1)</sup>

Der Wunsch, ein Organ zu besitzen, das ihre Interessen ohne Einschränkung vertrat, hatte die Basler Arbeiterschaft erfüllt, seit sie sich – in der Zeit der Ersten Internationale – ihrer Klassenlage bewusst geworden war. In den Krisen- und Streikjahren 1884/85 stand die Gründung einer lokalen Arbeiterzeitung mehrmals auf der Traktandenliste der wichtigsten Arbeitervereine der Stadt. Die Verwirklichung wurde aber erst möglich, als an Stelle des bisherigen lockeren Zusammenhangs der organisierten Arbeiter im April 1886 der zweite Arbeiterbund Basel trat.

Die *Gründung des «Basler Arbeiterfreunds»* wurde in der Delegiertenversammlung des Arbeiterbunds vom 24. Juni beschlossen. Zur Finanzierung wurden Anteilscheine zu Fr. 1.– ausgegeben, welche eine unerwartete Zahl von Abnehmern fanden und das Erscheinen des Blatts sicherten. Nach zwei Probenummern kam der «Arbeiterfreund» vom 28. August 1886 bis zum 26. März 1887 als *Wochenblatt* mit dem Untertitel «Organ für die Interessen des Arbeiter- und Handwerkerstandes von Basel und Umgebung» heraus. Als verantwortlicher Herausgeber zeichnete der Arbeiterbund Basel, den Druck besorgte die Vereinsdruckerei des Typographenbundes. *Erster Redaktor* war der Präsident des Arbeiterbundes, *Wilhelm Arnold*. Er besorgte die Redaktionstätigkeit im Nebenamt; hauptamtlich war er als Schriftsetzer in der Druckerei beschäftigt. Wichtigste Mitarbeiter waren Eugen Wullschleger und Wilhelm Bärwart. Den ersten Leitartikel schrieb Karl Moor, der damit ein letztes Mal journalistisch vor die Basler Öffentlichkeit trat. Ende des Jahres betrug die Zahl der Abonnenten 1200; damit war das Blatt für die nächste Zukunft gesichert. Das Geheimnis dieses für eine Arbeiterzeitung jener Zeit erstaunlichen Erfolges dürfte darin liegen, dass sich der «Arbeiterfreund» von allem Anfang an nicht ausschliesslich an die industrielle Arbeiterschaft richtete, die sich bis zum Ersten Weltkrieg als ungünstiges Rekrutierungsfeld für eine reine Arbeiterzeitung erwies, sondern auch die Handwerksgesellen und gewerblichen Kleinmeister als Abonnenten zu gewinnen suchte, wobei gelegentlich sogar schutzzöllnerische Töne angestimmt wurden.

Die ermutigenden Anfänge erlaubten es der Redaktionskommission, das Blatt vom 2. April bis zum 24. Dezember 1887 *zweimal wöchentlich* herauszugeben. Im Sommer dieses Jahres trat Arnold nach nicht ganz einjähriger Tätigkeit von seinem Posten als *Alleinredaktor* zurück. Sein Nachfolger wurde *Eugen Wullschleger*, der